

CH_VB 91.010 vom 5. Juni 1991

Bundesverwaltung, 1991-06-05, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_91.010

FR: CH_VB 91.010 du 5 juin 1991

IT: CH_VB 91.010 del 5 giugno 1991

Erwägungen

E. 5

Juni 1991 397 Staatsrechnung 1990 den also andere Mittel und Wege finden müssen, um unsere Probleme zu lösen. Ich hoffe zuversichtlich, dass Sie dann mit- helfen. Als ich die Resultate der Kantone gesehen habe, überlegte ich mir folgendes: Bei der entscheidenden Abstimmung über die Mehrwertsteuer oder die Vorlage des Bundesrates in Ihrer Kommission war das Verhältnis 6 zu 7 Stimmen. Ich hatte da- mals noch die bundesrätliche Vorlage zu vertreten. Am Schluss war das Ergebnis hier 35 Stimmen zu 1 Stimme zu- gunsten der Mehrwertsteuer. Ich habe mich deshalb gefragt, wieweit Sie in Ihren Kantonen diese Meinung tatsächlich un- terstützt, vertreten und durchgesetzt haben. Man kann sich auch hier fragen, wo die Führung liegen muss. Liegt sie beim Parlament, oder liegt sie beim Bundesrat? Ich habe am Sonntag einige Bemerkungen über die direkte De- mokratie gemacht. Ist es eine zweckdienliche Lösung, wenn die Stimmbeteiligung 33 Prozent beträgt - also ungefähr ein Drittel - und etwas mehr als die Hälfte davon - also rund ein Sechstel der Stimmberechtigten - die Vorlage ablehnt? Müsste man nicht sagen: Wenn bei einer Volksabstimmung nicht 50 Prozent der Stimmberechtigten zur Urne gegangen sind, gilt das, was Parlament und Bundesrat beschlossen ha- ben? Gelegentlich müssen wir doch versuchen, unser System wie- der handlungsfähig zu machen und es nicht einfach persönli- chen Interessen auszuliefern, denn hier sind natürlich handfe- ste Interessen wahrgenommen worden. Ich denke an die Ver- sicherungen, an die Wirte und an die Coiffeure, um sie noch einmal zu nennen. Das sind die Probleme, die wir zu lösen ha- ben. Wir haben also allen Grund, nach diesem 2. Juni 1991 nicht nur über die Bilanzen nachzudenken; das ist allein schon schwer genug. Eintreten ist obligatorisch L'entrée en matière est acquise de plein droit Finanzrechnung - Compte financier Behörden und Gerichte-Autorités et tribunaux Ziegler, Berichterstatter: Behörden und Gerichte weisen ins- gesamt, wenn man die Nachtragskredite und Kreditabtretun- gen berücksichtigt, eine budgetgetreue Rechnung vor. Die Mehreinnahmen von insgesamt zirka 9 Millionen Franken re- sultieren zum grössten Teil aus dem Betrieb der Drucksachen- und Materialzentrale. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Rechnung 1990 und die einzelnen Kreditüberschreitungen der Behörden und Gerichte zu genehmigen. Genehmigt - Approuvé Département für auswärtige Angelegenheiten Département des affaires étrangères Dobler, Berichterstatter: Bei der Rechnung des EDA fällt posi- tiv auf, dass die Ausgaben 82 Millionen weniger ausweisen als im Voranschlag vorgesehen und die Einnahmen 7 Millionen mehr betragen als budgetiert. Zu diesem erfreulichen Ergeb- nis haben unter anderem die Kreditunterschreitungen bei den friedenserhaltenden Aktionen beigetragen. Die Aktion Nami- bia konnte früher als erwartet abgeschlossen werden, so dass ein Kreditsaldo von 25,4 Millionen nicht beansprucht wurde. Bei der Osteuropahilfe bestand ein Verpflichtungskredit von 250 Millionen, wovon aber nur ein Teil ausgegeben wurde. Un- terstützungen erhielten Projekte in den Bereichen politische Hilfe, Bildung,

Landwirtschaftsausbildung und Finanzhilfe, nämlich die ERG für Polen. Die Wechselkursverluste aus der deutschen Währungsunion gingen auch an der Schweiz nicht spurlos vorüber. Die grossen Visaerinnahmen der Botschaft in Berlin, nämlich der DDR, konnten auf Platz nicht adäquat verwendet werden, weshalb die Eidgenössische Finanzverwaltung entschied, diese Einnahmen zum realistischen Graumarktkurs zu bewerten. Der Abwertungsverlust beträgt 390 000 Franken. Für die künftigen Kosten der internationalen Beziehungen wird eine erhebliche Steigerung erwartet, wobei von jährlichen Quoten von 10 Prozent die Rede war. Bei den Ausgaben gab ein Betrag von 572 591 Franken unter dem Titel «Diplomatischer und konsularischer Schutz» Anlass zu einer vertiefteren Diskussion. Die Kosten der Evakuierung der Schweizer aus Irak und Kuwait infolge des Golfkriegs wurden vollumfänglich durch den Bund übernommen. Die Rechtsgrundlage dieser Massnahme beruht auf einem Bundesratsbeschluss gemäss Artikel 102 der Bundesverfassung und wird insbesondere damit begründet, dieses Vorgehen entspreche allgemeinem internationalem Standard. Der Vollständigkeit halber ist aber zudem festzuhalten, dass in dieser Rubrik auch die Repatriierungskosten der in Libanon in Geiselt Haft gehaltenen IKRK-Delegierten enthalten sind. Schliesslich nahm die Finanzkommission bei der DEH mit Genugtuung zur Kenntnis, dass verschiedene Aufgaben im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe an die Botschaften im Ausland delegiert werden. In Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit nehmen insgesamt 22 Koordinationsbüros der DEH die Betreuung der Projekte wahr. Die Finanzkommission beantragt Zustimmung zur Rechnung 1990 und zu den Kreditüberschreitungen des EDA. Genehmigt - Approuvé Département des Innern - Département de l'intérieur M. Reymond, rapporteur: La commission propose d'accepter les comptes. Genehmigt - Approuvé Justiz- und Polizeidepartement Département de justice et police Zimmerli, Berichterstatter: Die Finanzkommission hat sich sehr eingehend mit der Rechnung des Justiz- und Polizeidepartements befasst. Es musste mit Bedauern zur Kenntnis genommen werden, dass 50 Prozent des gesamten Aufwandes auf den Asylbereich entfallen; daran ist leider nichts zu ändern. Die Kommission beantragt Ihnen Genehmigung. Genehmigt - Approuvé Militärdepartement - Département militaire Cavelti, Berichterstatter: Die Ausgaben von 5145 Millionen Franken des Militärdepartementes stellen 17,1 Prozent der gesamten Bundesausgaben dar. Seit den sechziger Jahren hat sich dieser Anteil von einem Drittel auf den heutigen Stand, eben von 17,1 Prozent, zurückgebildet. Die total bewilligten Kredite betragen 5183 Millionen Franken. Verglichen mit den Gesamtausgaben ergeben sich Minderausgaben in diesem Departement von 38 Millionen Franken oder 0,7 Prozent. Noch ein Wort zu den Arbeiten zur Behebung der Sturmschäden im Februar 1990. Daerbrachten rund 24 000 Armeeangehörige 1 151 804 Stunden Arbeit. Die finanziellen Mehraufwendungen dafür belasten die Rechnung 1990 mit insgesamt

E. 9

Millionen Franken. Würde man einen normalen Lohn einsetzen, so ergäbe sich daraus eine weit höhere Summe, als das Militär für die Behebung dieser Schäden eingesetzt hat. Namens der einstimmigen Kommission bitte ich um Zustimmung zur Rechnung. Genehmigt ~ Approuvé Finanzdepartement - Département des finances Ruesch, Berichterstatter: Hier sind doch noch einige Bemerkungen zu machen, zumal wir heute morgen im Rahmen der Eintretensdebatte auch Zukunftsperspektiven präsentiert haben. Es ist doch festzuhalten, dass die Staatsrechnung des vergangenen Jahres Anlass auch im Detail zu Überlegungen gibt, die auf die Zukunft hindeuten. Die Rechnung soll ja

Compte d'Etat 1990 398 5 juin 1991 nicht nur genehmigt werden, sondern sie soll auch Unterlagen liefern für die kommende Finanzpolitik. Vorerst zum Thema Finanzverwaltung, Konto «Verzinsung der Schulden». Die Botschaft spricht auf Seite 40 von einer totalen Zinslast von 1020 Millionen Franken, und wie der Herr Kommissionspräsident im Eintretensreferat gesagt hat, ergibt sich daraus eine Nettozinslast von 1,2 Prozent. Dazu ist zu ergänzen, dass wir in der jetzigen Form der Rechnung eine zusätzliche Zinslast von 818 Millionen Franken zugunsten der Guthaben der Eidgenössischen Versicherungskasse zu bewältigen hatten; diese müssen im Prinzip dazugezählt werden. Wenn wir sie dazuzählen, kommen wir auf eine effektive Nettozinslast von ungefähr 2 Prozent. Das ist immer noch äusserst bequem, aber die Perspektive, die von Herrn Bundesrat Stich aufgezeichnet worden ist, zeigt uns, dass diese bequemen Ruhekissen ziemlich bald verschwinden werden. Wir sind glücklich darüber, dass nun in Zukunft, in der Staatsrechnung ab 1991, diese Zinsen über die Finanzrechnung und nicht nur über die Vermögensrechnung verrechnet werden und damit die Rechnung transparenter und aussagekräftiger wird. Ich möchte anerkennen, dass der Bundesrat in seiner Botschaft zu einem Bundesbeschluss über die Aufnahme von Bundesanleihen diese Form der Zinsausgaben bereits präferiert hat. Dank einer guten Politik in der Trésorerie sind die Schwankungen des Selbstkostensatzes für Geld- und Kapitalaufnahmen zusammen nicht allzu gross. Die natürlichen, grossen Schwankungen der Selbstkostensätze der Geldaufnahmen werden durch langfristige Kapitalaufnahmen geglättet. Wir können hier nur mit Befriedigung von dieser Politik Kenntnis nehmen. Der Bund verzinst seine 12,4 Milliarden Franken Schulden zu einem Durchschnittssatz von 4,8 Prozent und seine gesamten Schulden zu 5,43 Prozent, während er gleichzeitig auf Darlehen einen Zinsertrag von durchschnittlich 5,88 Prozent erhält. Der Bund ist also offensichtlich ein guter Bankier, aber auch das wird natürlich nicht mehr allzu lange so sein können, denn diese 5,43 Prozent werden ansteigen müssen, weil ja die Zinssätze bekanntlich angestiegen sind. Zum Konto 650.02 «Darlehensrückzahlung» einige Bemerkungen: Wir stellen fest, dass wir viel weniger Rückzahlungen bekommen haben als prognostiziert und budgetiert worden sind. Es sind nicht nur Schulden im Ausland in Gefahr, die wir auf unser Konto rechnen können, sondern es besteht je länger, je mehr die Gefahr, dass auch inländische Schulden nicht mehr zurückbezahlt werden. Ich erinnere Sie an unsere Absprechungen, die wir im Rahmen der Exportrisikogarantie diskutiert haben. Wir beschränkten uns dann auf den Erlass der Zinsen. Aber diese Schuld ist natürlich in bezug auf die Vermögensrechnung des Bundes praktisch ein Nonvaleur. Auch bei den Investitionshilfe-Krediten ist der Rückfluss nicht so, wie er sein sollte, dort wurde eine Milliarde Franken ausgegeben ohne entsprechende Einnahmen, und bei den SBB wird es eines Tages vielleicht auch so sein. Wir können darum der Eidgenössischen Finanzkontrolle nur beipflichten, wenn sie im Bericht über die Staatsrechnung der Eidgenossenschaft für das Jahr 1990 schreibt: «Betreffend Darlehen wird dabei vorgesehen, neben der Bonität des Schuldners auch die Rentabilität eines Darlehens für die Bewertung heranzuziehen.» Wir haben inländische Schuldner von grosser Bonität, aber die Rentabilität ist gleich null, weil man die entsprechenden Zinsen nicht einkassieren kann. Dies wird in der Bilanz per Ende 1991 zur Folge haben, dass den Auslandsdarlehen von voraussichtlich 930 Millionen Franken vorsorgliche Wertberichtigungen im Umfang von rund 880 Millionen Franken, rund 95 Prozent, auf der Passivseite gegenüberstehen. Die Finanzkommission unterstützt die Wertberichtigungs politik des Bundesrates, sie ist realistisch. Auch jede Firma müsste auf diese Art und Weise Werte berichtigen. Zum Konto «Steuerverwaltung». Die Kommission

hat den Ein- gang der Steuern des letzten Jahres in den einzelnen Rubri- ken beurteilt. Wir müssen einfach festhalten, dass die Verrech- nungssteuer wegen dem Ansteigen der Zinssätze gute Ergeb- nisse gebracht hat. Wir müssen feststellen, dass bei der direk- ten Bundessteuer die Vorauszahlungen minim ausgefallen sind, weil der Vergütungszins mit 3,5 Prozent zu gering ist - der Bundesrat wird diesen nun anheben, um hier die Voraus- zahlungen wieder mehr zu provozieren. Beim Stempel mussten wir feststellen, dass nicht nur die Umsätze zurückgehen, sondern auch die Emissionsstempel. Damit kommen wir zur Wust. Die Investitionsneigung hat ab- genommen, sehen Sie sich die neuesten Berichte der Natio- nalbank an und die neuesten Konjunkturberichte aus der pri- vaten Wirtschaft. Man spricht von einer mangelnden Investi- tionsneigung, und diese wird sich natürlich bereits in der Wust niederschlagen; es ist zu erwarten, dass die prognosti- zierten 10,7 Milliarden Franken, die wir für das Jahr 1991 hier im Budget haben, nicht erreicht werden, dass die Steuerein- gänge tiefer sein werden. Das alles müssen wir nun im Hin- blick auf die grossen Forderungen sehen, die auf uns zukom- men und die auch Herr Piller in seinem Eintretensvotum er- wähnt hat. Nun, Herr Bundesrat Stich, falls Sie die Idee haben, man könnte die Verfassung so ändern, dass Gesetze vom Volk nur noch abgelehnt werden können, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten an die Urne geht, hätte ich Ihnen ein noch viel billigeres Rezept. Sie müssen einfach die sanktgalli- sche Kantonsverfassung von 1803 wieder in Kraft setzen. Da- mals zählte man alle, die nicht abstimmten, zu den Jastim- men. Man hat sogar die Verfassung angenommen, die von der Mehrheit der Stimmenden abgelehnt wurde - wegen der Nichtstimmenden. Vielleicht wird uns der Bundesrat gele- gentlich eine entsprechende Vorlage unterbreiten. (Heiter- keit) Zur Zollverwaltung. Wir haben auch die Zolleinnahmen unter- sucht, und wir müssen Ihnen auch hier eine schlechte Pro- gnose stellen aufgrund des Vorjahres: Wenn wir eine Analyse der Zolleinnahmen von 1990 machen, so sehen wir, dass ein erheblicher Teil davon EWR-, EG- und Gatt-bedroht ist. Selbst bei den Treibstoffzöllen wird einmal eine Sättigung kommen, dies ist spätestens dann der Fall, wenn auf jedem Meter Natio- nalstrasse ein Auto steht. Hier ist also auch nicht mehr allzu viel zu erwarten, es sei denn, man komme zu Steuererhöhun- gen. Soweit unsere Beurteilung der Arbeit des Finanzdepartemen- tes. Wir bitten Sie einstimmig, die Rechnung zu genehmigen. Genehmigt - Approuvé

Volkswirtschaftsdepartement Département de l'économie publique Mme Jaggi, rapporteur: Une fois de plus en ce qui concerne le compte d'Etat 1990 du Département fédéral de l'économie pu- blique, on bénéficie de la «brochure jaune» qui contient toutes sortes d'informations du plus haut intérêt, particulièrement cette année où l'on a fourni un effort en vue de permettre ici et là une analyse un peu plus fine. Cela ne fait que mettre en évi- dence l'absence d'une des unités administratives de ce dépar- tement, qui persiste à rester dans le silence et dans l'ombre. C'est le Secrétariat général, dont la discrétion est d'autant plus regrettable que le compte 1990, et davantage encore celui de l'année courante, sont passablement gonflés par les crédits prévus pour le 700e anniversaire de la Confédération, soit 17 millions dans l'exercice sous revue sur les 65 millions ac- cordés par le crédit voté le 24 juin 1987. A propos des finances des festivités du 700e anniversaire, il convient de remarquer qu'elles font l'objet d'une surveillance particulièrement attentive de la part de la Délégation des finan- ces.dont votre commission a pu partager la bonne impression générale et aussi la crainte de certains dérapages incontrôlés ou simplement incontrôlables. Le cas le plus inquiétant est ce- lui du «Mythenspiel», dans le canton de Schwyz, pour lequel un crédit pourtant important, soit 7,9 millions, a été accordé, sans qu'on puisse écarter le risque d'un dépassement. Il fau- dra alors veiller à ce que ce dépassement

n'incombe pas à la Confédération, mais bien aux organisateurs imprudents ou aux sponsors qu'ils auront pu attirer.

5. Juni 1991 399 Staatsrechnung 1990 Je voudrais me prononcer encore sur trois autres points concernant ce département. Sur le plan général, je constate que les finances du Département fédéral de l'économie publique ont connu une dégradation très claire au cours de l'exercice 1990, tant par rapport au compte 1989 qu'à celui du budget pour l'année en cause. Il s'agit moins d'un effet d'une augmentation des dépenses que d'une diminution des recettes. En comparaison avec le compte 1989, les dépenses ont augmenté en chiffre rond de 160 millions et les recettes ont diminué de 150 millions. Par rapport au budget, les dépenses ont augmenté de 90 millions et les recettes, par une étrange coïncidence, ont diminué de 90 millions également, mais bien entendu sur une somme largement inférieure. Cette diminution des recettes est l'effet direct de la réduction des importations donnant lieu à un prélèvement de suppléments de prix. Le cas le plus frappant est celui des denrées fourragères dont les suppléments de prix à l'importation ont rapporté l'an dernier 87 millions, contre 210 dans le compte 1989 et 225 portés au budget 1990, prévision qui n'a donc de loin pas été atteinte. En ce qui concerne l'Office fédéral de l'agriculture, les dépenses ne représentent plus - c'est une nouveauté - deux tiers de celles du département, comme cela était le cas en 1989 encore. On a enregistré dans cet office une très forte diminution des recettes qui étaient de 798 millions au compte 1988, 611 millions au compte 1989 et seulement 446 millions au compte 1990, soit une diminution de 165 millions de francs. Cette différence est liée pour l'essentiel aux diminutions déjà mentionnées sur les denrées fourragères importées ainsi qu'à une diminution de 46 millions de la quote-part des producteurs de lait et de 12 millions de taxes sur le beurre importé. Puisque nous en sommes aux produits laitiers, je précise pour mémoire que le compte laitier a dépassé à nouveau l'an dernier la barre du milliard, et cela de manière très nette, par 1150 millions, contre 1040 au compte de l'exercice précédent. Cela est un effet direct d'une augmentation de 5 centimes du prix de base du lait, accordée dès le 1er février 1990. Nous le savons, aucune mesure analogue n'a été prise cette année suite aux revendications paysannes, de sorte que le compte laitier pour l'exercice courant ne devrait pas s'alourdir dans les mêmes proportions que l'an dernier, pour autant bien entendu que la quantité globale des livraisons ne dépasse pas à nouveau les 30 millions de quintaux budgétisés. Ma dernière remarque a trait au compte de l'Administration fédérale des blés. De toute évidence, cette administration a fait preuve d'un effort de transparence accru, sans doute lié à la préparation du compte céréalier demandé par la Délégation des finances. Des chiffres désormais plus clairs sont disponibles. Il en ressort notamment que, pour les céréales indigènes de moindre qualité, le processus des prix est le suivant: prix de prise en charge 107,26 francs par quintal, plus les frais, soit un prix de revient de 112,95 francs par quintal, moins le produit des ventes de 75,87 francs, soit une subvention de mise en valeur de ces céréales de 37,58 francs par quintal, soit au total 73,9 millions. Pour les céréales panifiables, ce sont 8,47 francs qui doivent être prélevés sur la réserve, soit au total 34,3 millions. Dans l'ensemble, l'année 1990 fut bonne en ce qui concerne le marché céréalier, y compris pour les finances fédérales, puisque le produit de la vente excède les dépenses réalisées au titre de la prise en charge par un montant appréciable de 15,2 millions. Il faut savoir que les achats se sont élevés à 677 millions, qu'on a prélevé 108 millions sur les réserves et fonds de compensation, de sorte que les 569 millions dépensés pour les achats se trouvent inférieurs aux 584 millions de produit net des ventes. C'est ainsi qu'on enjolive la situation de l'Administration fédérale des blés ou, plus précisément, de la gestion du marché céréalier

en Suisse. Enfin, il est important que ces chiffres soient désormais plus clairement énoncés; cela est fait, et bien, et cela me permet de conclure dans le même sens que l'ont fait la section et la commission, soit en vous recommandant l'adoption du compte 1990 du Département fédéral de l'économie publique. Genehmigt - Approuvé Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement Département des transports, des communications et de l'énergie Masoni, Berichterstatter: Gegenüber dem Voranschlag resultieren für das EVED Minderausgaben von 3,3 Prozent. Die Schwerpunkte liegen dabei im Bereich des Bundesamtes für Verkehr und des Bundesamtes für Strassenbau. Der Grund für diese Minderausgaben sind Projektverzögerungen. Auf der Einnahmenseite ist eine Verminderung gegenüber dem Budget festzustellen, weil die PTT einen geringeren Gewinn abliefern konnten. Die Kommission hat dem Departement eine Reihe von Fragen gestellt, um die Entwicklung des direkt und indirekt angestellten oder finanzierten Personals zu verfolgen, die ausserordentliche Hilfe an die SRG für Radio Schweiz International zu erklären, die Kostenentwicklungen bei der Flugsicherung, beim Bundesamt für Wasserwirtschaft, beim Bundesamt für Energiewirtschaft, beim Bundesamt für Verkehr, beim Bundesamt für Strassenbau zu analysieren. Sie hat geprüft, ob gemäss ihrer früheren Empfehlung der an die Kantone für Nationalstrassenrechnungen 1990 geschuldete Restbetrag von 140 Millionen Franken, der 1990 noch nicht bezahlt werden konnte, inzwischen mit dem Zusatzkredit von 150 Millionen Franken beglichen werden konnte. Wir haben auf diese Fragen eine einwandfreie Stellungnahme und Dokumentation erhalten, so dass die Kommission Ihnen Zustimmung zur Rechnung und den Kreditüberschreitungen 1990 des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes empfiehlt. Genehmigt - Approuvé Gesamtrechnung - Compte général Dobler, Berichterstatter: Die Gesamtrechnung schliesst wie budgetiert erneut defizitär ab. Aufgrund des gegenüber dem Voranschlag um 401 Millionen Franken besseren Ergebnisses der Finanzrechnung hätte eigentlich eine ähnliche Verbesserung des vermögensmässigen Erfolgs erwartet werden können. Der Mehraufwand ist in erster Linie auf die höhere Einlage in die Rückstellung der EVK zurückzuführen. Ferner ist zu erwähnen, dass die Erhöhung der vorsorglichen Wertberichtigung auf den Vorschüssen an die Exportrisikogarantie um 96 Millionen Franken in demselben Umfang nicht budgetiert war. Mit der Genehmigung der Gesamtrechnung ist somit auch der Antrag der nichtbudgetierten Vermögensveränderungen im Umfang von 97 Millionen Franken zu genehmigen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Seite 89 der Botschaft. Genehmigt - Approuvé Bilanzen, Spezialfonds, Rückstellungen Bilans, fonds spéciaux, provisions Dobler, Berichterstatter: Die Schlussbilanz auf Ende 1990 weist bei einer Bilanzsumme von 53,335 Milliarden Franken einen Fehlbetrag von 17,493 Milliarden Franken auf. Die verbleibenden Aktiven von 35,842 Milliarden Franken vermögen 67 Prozent der Passiven zu decken. Auf der Aktivseite sind grössere Umschichtungen innerhalb der Bilanzgruppe Wertpapiere und Anlagen zu verzeichnen. Bei den Passiven ist der starke Rückgang der PTT-Festgeldanlagen bei der zentralen Bundestresorerie zu erwähnen. Dieser Mittelabfluss wurde durch zusätzliche Geldaufnahmen am Kapitalmarkt teilweise ausgeglichen. Genehmigt - Approuvé

Immeuble Haslerstrasse 16 à Berne. Acquisition 400 5 juin 1991 Bundesamt für Rüstungsbetriebe Office fédéral de la production d'armements Rhyner, Berichterstatter: Hierzu nur zwei Feststellungen: Erstens möchte ich hervorheben, dass die Gruppe für Rüstungsdienste mit Minderausgaben von rund 20 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag abschliesst. Zweitens konnten die 20 Millionen Franken im Bereich der

persönlichen Ausrüstung eingespart werden. Es wird einstimmig beantragt, die Rechnung zu genehmigen. Genehmigt-Approuvé Eidgenössische Münzstätte - Monnaie fédérale Ruesch, Berichterstatter: Keine Bemerkungen. Genehmigt-Approuvé Eidgenössische Versicherungskasse Caisse fédérale d'assurance Ruesch, Berichterstatter: Drei Bemerkungen. 1. Zum flexiblen Altersrücktritt: Wir haben nun erste Erfahrungen sammeln können. Die Jahrgänge 1925 bis 1928 kamen in den Genuss dieser neuen Bestimmung. Es haben - gemäss Bericht der Versicherungskasse - 4750 Leute von dieser Vergünstigung Gebrauch machen können. 31,1 Prozent haben davon Gebrauch gemacht. Diese Erfahrungszahl ist recht wichtig, nicht nur für die Zukunft der Bundeskasse, sie ist auch ein Indiz für die öffentlichen Kassen der Kantone und der Gemeinden. Es ist auch ein Indiz für Privatversicherungen. Wir wissen nun etwa, wie der Trend ist. Man muss einfach bei versicherungsmathematischen Überlegungen damit rechnen, dass rund ein Drittel von dieser Vergünstigung Gebrauch gemacht wird. Das hat natürlich einen Einfluss auf die Berechnung der Renten. 2. Wir haben ja die Bestimmung, dass der Bund der Versicherungskasse jenen Zins bezahlt, den er im Durchschnitt für die Bundesobligationen zahlen muss, nämlich im vergangenen Jahre 6,38 Prozent. Die Differenz, welche die 4 Prozent übersteigt, die als technischer Zinsfuß festgelegt ist, wird zur Finanzierung der Teuerung verwendet. Das war auch dieses Mal wieder der Fall, wobei wir festhalten müssen, dass der technische Zinssatz von 4 Prozent natürlich das Kapital der Versicherung real nicht mehr erhält; denn die Teuerung läuft ja bekanntlich über 4 Prozent. Also geht der Deckungsgrad automatisch etwas zurück. 3. Wir haben die Entwicklung des Fehlbetrages im Deckungskapital untersucht. Im Jahre 1988 war der Fehlbetrag noch 28,3 Prozent, erstieg 1989 auf 30,1 Prozent und kam im Jahre 1990 bereits bei 31,6 Prozent an. Das geht noch. In Artikel 47 Absatz 1 der Statuten der Eidgenössischen Versicherungskasse ist ein Deckungsgrad von zwei Dritteln gesetzlich gefordert. Demnach sind wir noch über diesen zwei Dritteln. Aber wenn die Entwicklung so weitergeht, kommen wir natürlich in wenigen Jahren an die zwei Drittel heran. Aber das hängt natürlich von der Zinsentwicklung ab, und wir hoffen, dass diese Zinsentwicklung mit der Zeit wieder etwas günstiger wird. Wir können nur sagen: wir hoffen. Wir müssen die Entwicklung einfach im Auge behalten, um die Versicherungskasse gesundzuerhalten. Ich beantrage Ihnen Genehmigung der Rechnung. Genehmigt -Approuvé Bundesbeschluss über die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1990 Arrêté fédéral concernant le compte d'Etat de la Confédération suisse pour l'année 1990 Dobler, Berichterstatter: Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig, dem Bundesbeschluss zuzustimmen. Detailberatung - Discussion par articles Titel und Ingress, Art. 1,2 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Titre et préambule, art. 1,2 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen -Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes 30 Stimmen (Einstimmigkeit) An den Nationalrat-Au Conseil national #ST# 90.058 Liegenschaft Haslerstrasse 16 in Bern. Erwerb Immeuble Haslerstrasse 16 à Berne. Acquisition Botschaft und Beschlussentwurf vom 12. September 1990 (BBIII698) Message et projet d'arrêté du 12 septembre 1990 (FF III 678) Beschluss des Nationalrates vom 19. März 1991 Décision du Conseil national du 19 mars 1991 Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière Hunziker, Berichterstatter: Der Botschaft können Sie entnehmen, dass die Liegenschaft Haslerstrasse 16 seit dem 1. November 1968 vom Bund gemietet ist. Sie dient der Unterbringung von Teilen des Bundesamtes für Gesundheitswesen und der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Zusammenarbeiten dort

100 Arbeitskräfte. Um der Gefahr einer Nichtverlängerung des Mietverhältnisses zu begegnen, hat der Bund mit der Eigentümerin - das ist die Sigal AG, eine Tochterfirma der Galenica - einen Kaufrechtsvertrag abgeschlossen. Dieser ist im Grundbuch vorgemerkt, und er gibt dem Bund die Möglichkeit, bis zum 30. Oktober 1991 das Kaufrecht auszuüben. Geschieht dies nicht, ist in keiner Weise sichergestellt, dass das Mietverhältnis verlängert wird. Zutreffen dürfte die Annahme, dass dann die Eigentümerin ihre Liegenschaft an einen Dritinteressenten verkauft. Angesichts des Mangels an Wohn- und Büroräumen in der Stadt Bern wird sich leicht ein Käufer finden lassen. Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrat, die Liegenschaft Haslerstrasse 16 zu erwerben. Zu dem im Kaufrechtsvertrag festgelegten Kaufpreis von 9 Millionen Franken kommen die Grundstückgewinnsteuer sowie Gebühren hinzu, was einen Gesamtkredit von 11 Millionen Franken erfordert. In der Kommission ist eingehend darüber gesprochen worden, ob es richtig ist, dass die Käuferschaft und nicht die Verkäuferin die Grundstückgewinnsteuer übernehmen müsse. Es ist davon auszugehen, dass dies in Bern von der Verkäuferschaft sehr oft verlangt wird und dass eine ablehnende Haltung meistens zur Beendigung der Kaufverhandlungen führt. Es finden sich immer wieder Käufer, die die Grundstückgewinnsteuer übernehmen. Im vorliegenden Fall kommt dazu, dass diese Verpflichtung bereits im seinerzeitigen Kaufrechtsvertrag fixiert worden ist. An diesem Vertrag sind heute keine Änderungen mehr möglich. Entweder übt der Bund sein

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Staatsrechnung 1990 Comptes d'Etat 1990 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 03 Séance Seduta Geschäftsnummer 91.010 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 05.06.1991 - 08:00 Date Data Seite 394-400 Page Pagina Ref. No 20 020 193 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.